

„Die Katastrophe ist da“

Nach Öffnung der deutsch-deutschen Grenzübergänge kommen zu den DDR-Übersiedlern täglich nun noch Tausende Besucher aus dem Osten. Die Städte und

Gemeinden können den neuen Massenansturm kaum mehr verkraften – die Republik ist voll. Manche Politiker sehen schon den „sozialen Frieden“ bedroht.

Am sonst so tristen deutsch-deutschen Grenzübergang im nordhessischen Herleshausen ging es plötzlich zu wie am Rosenmontag in Köln, wenn „dr Zoch kütt“. Links und rechts der Straße drängten sich, dicht an dicht, fähnchenschwenkende Schaulustige.

Mit lautem Jubel wurde jeder Wagen empfangen, der sich langsam durch das Gedränge schob: Trabis, Wartburgs, Škodas, ab und an auch mal ein Lada. Der Bandwurm, zusammengesetzt aus Tausenden von DDR-Autos, nahm kein Ende.

Vielen verschlug es die Sprache, als die DDR nach 28 Jahren der Abschottung schlagartig die Grenzen geöffnet hatte. Die Dialoge zwischen Publikum und Fahrzeuginsassen reduzierten sich auf ein Minimum, Umarmungen wildfremder Menschen ersetzten die Worte. Zu mehr als einem „unglaublich“, „nicht zu fassen“ oder „wer hätte das gestern noch gedacht“ reichte es selten.

Die meisten Besucher kamen nur zu einer Stippvisite. Drei Männer aus dem thüringischen Bischofroda etwa gönnten sich „nur mal ein Bier im Westen“. Eine junge Frau wollte „ausprobieren, ob es denn wirklich geht“. Ein Ehepaar mit Kleinkind hatte sich auf den Trip gemacht, um „eben mal eine halbe Stunde West-Luft zu schnuppern“.

Nach ein paar Stunden fuhren fast 90 Prozent der Besucher wieder in die entgegengesetzte Richtung: heim in die DDR. Typisch die Aussage eines Motorradfahrers, der sich gegen drei Uhr früh auf den Rückweg machte: „Ich muß doch morgen wieder zur Arbeit.“

Szenen wie in Herleshausen gab es in der Nacht zum Freitag an allen Grenzübergängen zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West. Die Bilder aus Gudow bei Hamburg, aus dem niedersächsischen Duderstadt oder dem bayerischen Rudolphstein bewegten die Welt.

Ironie der Geschichte: Die auf ferne Zukunft gemünzte Prophezeiung von Mauerbauer Erich Honecker, es werde „auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht trennen, sondern vereinen“, hatte sich über Nacht erfüllt.

Die Besucher aus dem anderen deutschen Staat kamen mit unerhörter Begeisterung und ohne Visum, manche



Deutsch-deutsche Verbrüderung*: „Wer hätte das gedacht?“

hatten noch nicht einmal einen Ausweis dabei. Sie zogen vorbei an hilflosen Grenzbeamten, die nicht mehr kontrollierten, sondern nur noch den Verkehr regelten.

Wie aus einem inneren „Zwang“ heraus tuckerte ein Trabi-Fahrer von Perleberg in der DDR bis zur Hamburger Reeperbahn und retour: „Ich mußte es einfach machen.“ Nur mal ein bißchen „in Hof umschaun“ wollten sich zwei DDR-Bürger, deren Bayern-Besuch aus triftigem Grund zeitlich limitiert war: „Morgen nachmittag gehen wir wieder zur Demo.“

Doch die Grenzgänger der ersten Stunden waren nur eine Vorhut. Hunderttausende werden ihnen in den nächsten Tagen und Wochen folgen – und den westdeutschen Staat mit zahllosen Problemen konfrontieren.

Die Stampede macht auf einen Schlag alle Konzepte zu Makulatur, die Gesetzgeber und Kommunalpolitiker des Landes vorbereitet hatten. Die Bundesrepublik muß allein dieses Jahr auch noch 350 000 deutschstämmige Aussiedler aus Polen, der Sowjetunion

und Rumänien (1988: 202 000) und 120 000 Asylbewerber (1988: 103 000) verkraften.

Fast 170 000 Übersiedler aus der DDR (1988: 40 000) kamen von Jahresanfang bis zum Oktober. Seit dem 1. November, nachdem Honeckers Nachfolger Egon Krenz die Bresche durch die CSSR geschlagen hatte, waren es noch mal 50 000. Und Tausende kamen, trotz der Veränderungen in der DDR, bis Ende der Woche noch immer über den deutsch-tschechischen Grenzübergang Schirnding.

Noch wagen Politiker und Behörden keine Prognosen, wie viele DDR-Bewohner die neue Reisefreiheit als Ausreisefreiheit verstehen und in den Westen übersiedeln werden. Vorsichtige Schätzungen gingen Ende voriger Woche davon aus, daß 10 bis 15 Prozent der Besucher hierbleiben wollen.

Das gelobte Land zeigt mittlerweile Symptome der Überfüllung. Nach Öffnung der Grenzen droht ein nationaler Notstand, made in Germany. Denn bis in die entlegenen Winkel des hohen Nordens sind die Notunterkünfte erschöpft, einschließlich der exotischsten: das Bordellviertel von Bremerhaven – ausgebucht; Grenadierkasernen in

* Am 10. November am Grenzübergang bei Helmstedt.

Schleswig-Holstein – nichts geht mehr; Messehallen 1, 6 und 7 in Berlin – was soll bloß aus der „Grünen Woche“ im Februar werden?

Während im Osten des Landes „die erste bürgerliche Revolution seit 1918“ (Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper) für Wandel sorgt, wachsen im Westen die Ängste. Die überfüllte Arbeitslosenhochburg Bremen (Quote: 14,1 Prozent) verkündete am Montag letzter Woche als erste Großkommune einen Aufnahmestopp für Übersiedler, der allerdings am Donnerstag wieder aufgehoben wurde.

Senatsdirektor Hans-Christoph Hop-pensack („Die Katastrophe ist da“) schockierte jedoch mit der Ankündigung, er müsse womöglich die Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg als Not-quartiere reaktivieren – eine Schrek-kensvision, die in Frankfurt schon am Freitag Realität war. Dort wurden zwei Hochbunker, fensterlos und zwangsbelüftet, entmottet und mit Betten und Stühlen möbliert.

Vor allem auf Berlins Ku'damm, der schon am Freitagabend dicht war, aber auch auf der Hamburger Reeperbahn und der Frankfurter Zeil werden in den nächsten Wochen Hunderttausende DDR-Besucher erste West-Erfahrungen sammeln. Vorsorglich richteten sich die Länder darauf ein, daß sie binnen weniger Tage auch den bisher größten Zu-strom von Übersiedlern verkraften müssen: Jugendherbergen, Turnhallen, Polizeischulen wurden notdürftig hergerichtet, der Zivilschutz rief zu einer bundesweiten „Blitzaktion“ auf.

Der Massenansturm aus dem Osten wird das Land auf eine harte Probe stellen.

▷ Gerade in den Ballungsräumen wird sich die ohnehin kritische Wohn-situation weiter verschärfen.

▷ Arbeitnehmer und Gewerkschafter befürchten nicht nur noch mehr Konkurrenz durch die Übersiedler, sondern auch Lohndumping und Wettbewerbsverzerrung.

▷ Wenn in den nächsten Jahren auch nur zwei Millionen Aus- und Über-siedler zuwandern, werden nach den Schätzungen einer Expertenkommission von Bildungsminister Jürgen Möllemann 37 000 Kindergartenplätze und 10 000 Lehrer fehlen.

Gewiß, zu guten Werken wird auch aufgerufen. „Öffnen wir unsere Herzen, öffnen wir unsere Türen“, wirbt *Bild* mit freudigem Blick auf ein Stück Wiedervereinigung. Der *Trierische Volksfreund* sammelte 210 565 Mark bei seinen Lesern, der Deutsche Anwaltverein offeriert kostenlose Rechts-

beratung und der schleswig-holsteini-sche Fremdenverkehrsverband zehn Tage Gratis-Urlaub für DDR-Ausreiser.

Doch die Behörden können kaum Schritt halten. In den bundesdeutschen Grenzgemeinden holten sich die DDR-Bewohner ihre 100 Mark Begrüßungs-geld ab, der Andrang war erdrückend: Vor der Stadtverwaltung in Braun-schweig beispielsweise standen am Freitag mittag 2000 DDR-Bürger Schlange, in Duderstadt, wo fast eine halbe Million Mark Begrüßungsgeld ausgezahlt wurde, ging am Freitagabend das Geld aus.

In Berlin beteiligten sich kurzfristig auch die 92 Filialen der Berliner Spar-kasse an der Geldübergabe. In Ham-burg richteten die Behörden übers Wo-chenende Notdienste für die Ost-Touri-sten ein. Noch am Freitagmittag hatten einige Ämter in einer Eilaktion Boten zu den Banken geschickt, um die lee-

ren Amtskassen vorsorglich aufzufül-len.

Genauso fix, wie die DDR-Bürger das ersehnte Westgeld eingesteckt hat-ten, so schnell brachten sie es auch wieder unter die Leute. Geschäftsleute witterten die Chance des Jahres und stellten sich auf die Ost-Kundschaft ein.

So hielten Einzelhändler in Helm-stedt ihre Geschäfte am Sonnabend bis in die Abendstunden geöffnet. „Wer plietsch ist“, so ein Elektroverkäufer, „läßt so einen Tag nicht ungenutzt verstreichen.“ Einige Unternehmer akzep-tierten sogar – im Zeichen deutsch-deutscher Annäherung – eine gemein-same Währung. So durften DDR-Kun-den in einem Berliner Bekleidungshaus 30 Prozent ihrer Rechnung mit Ost-mark bezahlen.

Geradezu generalstabsmäßig bereite-te sich das Wolfsburger Hertiekauf-



Übersiedler-Quartier Kaserne*: „Der Schießbetrieb ist eingestellt“



Übersiedler-Quartier Turnhalle*: „Eine Lage wie auf Helgoland“

* Oben: in Regensburg; unten: in Hangelar bei Bonn.

haus, nur sechs Kilometer von der Grenze entfernt, auf den Besucherandrang vor. Personalchef Nikolaus Bischoff war bereits am Donnerstagabend von einem Bekannten aus der DDR telefonisch gewarnt worden: „Paß auf Alter, jetzt geht's los.“

Am Haupteingang des Kaufhauses richtete Bischoff am nächsten Morgen eine provisorische Wechselstube ein und postierte eine Verkäuferin mit Taschenrechner und Umrechnungstabelle.

Auch für zügigen Waren-Nachschub sorgte das niedersächsische Organisa-

tionstalent innerhalb eines Tages. Die Lieferanten wurden angewiesen, im Sechs-Stunden-Takt alles herbeizuschaffen, was bei DDR-Bürgern gut ankommt: Levis-Jeans und Puma-Turnschuhe, Playmobil-Spielzeug für die Kleinen und konfektionierte Gardinen für DDR-Normfenster.

Für die nächsten Wochen plant der Kaufhausmanager eine Werbekampagne in grenznahen DDR-Zeitungen, Slogan: „Ihr Geld ist bei uns was wert.“

Doch auch ohne jeden Pfennig in der Tasche konnten sich West-Touristen republikweit vergnügen. So spendierte das Frankfurter Sozialamt Freikarten für Zoo und Palmgarten. In Hamburg durften DDR-Besucher im öffentlichen Nahverkehr ganz legal

schwarzfahren, bei Kontrollen mußten sie nur ihren Personalausweis oder Reisepaß vorzeigen. In einigen West-Berliner Theatern hatten Zuschauer aus der DDR freien Eintritt.

In Lübeck war den Ankömmlingen an ihrem ersten Tag im Westen selbst das Falschparken erlaubt. Als übereifrige Politessen regelwidrig abgestellten Trabis Strafzettel unter den Scheibenwischer hefteten, ließ die Innensenatorin kurz darauf alle Knöllchen wieder einsammeln.

Doch auch ein leises Rumoren war nicht mehr zu überhören. Viele Einhei-

mit seinen Bürgern hört der Kommunalpolitiker böse Alarmzeichen: „Unwohlsein, Neid, Aggressionen und Antipathie gegenüber diesen Menschen.“

In West-Berlin sind Verhältnisse, wie sie von Politikern und Sozialexperten für das ganze Bundesgebiet prognostiziert werden, seit langem schon Alltag. Dort sorgen nicht nur Aussiedler aus Polen oder der Sowjetunion gemeinsam mit den wöchentlich zu Zehntausenden einschwärmenden Polentouristen für drastische Eingriffe in die städtische Infrastruktur.

Gut 28 000 DDR-Aussteiger mußte die Stadt allein in diesem Jahr verkräften. An manchen Tagen passierten rund 500 Personen mit Rucksack und kleinem Gepäck die Automattüren des Durchgangsheimes Berlin-Marienfelde – schon rein statistisch ein Ausnahmewert: Etwa 16 Prozent aller DDR-Übersiedler drängelten sich damit auf dem Stadtgebiet, das mit 480 Quadratkilometern nur wenig größer ist als der Zwergstaat Andorra in den Pyrenäen.

Obwohl die Bundesregierung die Stadt – in einer Art Lastenausgleich – von einem Großteil des Aussiedler-Kontingents freistellt, schlagen beide Zuwanderer-Gruppen immerhin noch mit acht Prozent zu Buche – praktisch eine Verdoppelung der vereinbarten Übernahme-Quote.

Wie an keinem anderen Ort hat in Berlin die Zuwanderer-Welle ein explosives soziales Klima geschaffen. Denn die 46 000 Aussiedler, Übersiedler und Asylbewerber konkurrieren mit 90 000 Arbeitslosen, 12 000 Obdachlosen und knapp 200 000 Sozialhilfeempfängern um Plätze im sozialen Netz.

In der Stadt fehlen 70 000 Wohnungen. Auch der optimistische Plan des rot-grünen Senats, in den nächsten vier Jahren könnten 35 000 Quartiere neu gebaut werden, kann die Wohnungsnot kaum lindern: Die große Reisefreiheit für DDR-Bürger war noch nicht einkalkuliert.

In der Stadt ohne Hinterland ist eine Ausweitung der Kapazität kaum möglich. Sozialsenatorin Stahmer: „Das ist eine Lage wie auf Helgoland – hier die Insel, da die Abbruchkante.“

Zur Bewältigung des Andrangs wurden 300 Großquartiere mit derzeit 23 000 Betten requiriert. Auch leerstehende Wohnungen wurden beschlagnahmt und Übersiedlern zugewiesen. Solche Maßnahmen sind in allen Bundesländern nach den Polizeigesetzen erlaubt und durch Gerichtsurteile bestätigt, weil Obdachlosigkeit von den Gerichten als „Gefahr für die öffentliche Ordnung“ anerkannt ist.

Klaustrophobie wie in Berlin herrscht auch in den zwei norddeut-



Massenquartier Hofer Freiheitshalle: Schlafen in drei Schichten

mische reagieren auf den neuerlichen Andrang mit Ressentiments und Fremdenangst (siehe auch Seite 61).

Bei der Bezirksregierung Mittelfranken erkundigen sich, so Sprecher Helmut Zier, „die Leute, wann ihnen jemand in ihre Wohnung zugewiesen wird“. Die neue Konkurrenz um Wohn- und Arbeitsplätze werde als immer bedrohlicher angesehen, erfuhr Berlins Sozialsenatorin Ingrid Stahmer. Auf diesem „Humus“, fürchtet die SPD-Frau, „da wächst das Rep-Gemüse drauf“.

Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister der Niedersachsenhauptstadt und Vizepräsident des Deutschen Städtetages, flieht eine „geordnete Einwanderung“ herbei. Auch er sieht den „sozialen Frieden“ bedroht; bei Kontakten

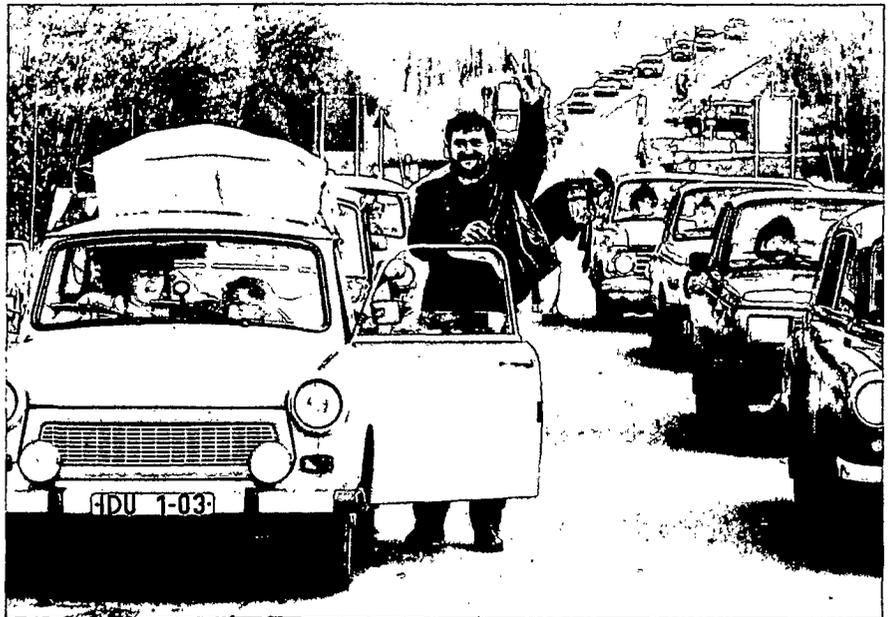
schen Stadtstaaten. Hamburg hat für seine 20 000 Aus- und Übersiedler Wohnschiffe, Campingplätze und ausrangierte Puffs akquiriert.

Der Senat der Freien und Hansestadt tut sich immer schwerer, die Hamburger Aufnahmequote von 3,1 Prozent innerhalb der Stadtgrenzen zu erfüllen. Finanzsenator Hans-Jürgen Krupp (SPD) verblüffte mit dem Vorschlag, Übersiedler in frei werdenden Lauben von Schrebergärten einzuquartieren. Sozialsenator Ortwin Runde erwägt, wie sein Bremer Kollege Henning Scherf, leerstehende Wohnungen zu beschlagnahmen.

Auch Bremerhaven, mit 1,2 Milliarden Mark Verpflichtungen die Kommune mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung im ganzen Land, sieht sich überfordert. Oberbürgermeister Karl Willms: „Wir sind auf dem Weg, eine Stadt von Sozialhilfeempfängern zu werden.“ Unter dem Andrang der Neubürger fressen Bremerhavens Sozialhilfekosten (120 Millionen Mark) fast schon das ganze Steueraufkommen (128 Millionen Mark) auf.

Baden-Württembergs Innenministerium weiß dagegen die Lage vorerst „noch gut im Griff“. Doch „die Quartiermacher“, sagt Karl Greißing vom Stuttgarter Regierungspräsidium, „sind Tag und Nacht unterwegs“.

Auch Bayern konnte bisher halbwegs Schritt halten. 26 000 Dauerplätze hatte der Freistaat letzte Woche mobilisiert, doch nun wird es eng. Immer mehr Quartiere sind voll bis unters Dach wie die Hofer Freiheitshalle: Dort wird in drei Schichten geschlafen; Schicht zwei sitzt, Schicht drei steht.



Ausreise-Stau bei Schirnding: „Die Quartiermacher sind Tag und Nacht unterwegs“

Die grenznahe Unterbringung ist schon zusammengebrochen, motorisierte Zuzügler wurden gleich weitergeschickt. Als erster der sieben Regierungsbezirke, die für Soziallasten und Versorgung der Übersiedler aufkommen müssen, klagte letzte Woche Mittelfranken über ein bevorstehendes Fiasco. „Ich wundere mich, daß überhaupt noch was geht“, sagt Rupert Sandfuchs vom bayerischen Sozialministerium.

Derweil wird in anderen Bundesländern die Fahndung nach freien Nischen immer hektischer. Nordrhein-Westfalen, das nach dem Bund-Länder-

Kontrakt nahezu jeden dritten Zusiedler aufnehmen müßte, hat acht Hotelschiffe mit 1000 Plätzen auf dem Rhein, leerstehende Fabriken in Wuppertal und unterirdische Not-Spitäler bereitgestellt.

In Bremen schließlich hakt es mit der Wohnraumbeschaffung offenbar auch deshalb, weil der Sozialsenator des Stadtstaates auf ein politisches Gegengeschäft aus ist. Zwar gebe es noch Turnhallen, die würden aber erst freigezuräumt, so Behördenchef Scherf, wenn auch die Bundeswehr Platz mache: „Alle Soldaten müssen in Urlaub geschickt und die Kasernen freigemacht werden.“

Des Senators Streitziel ist vielerorts längst realisiert. Bis zum Wochenende wurden 30 000 DDR-Flüchtlinge in über 100 Bundeswehrkasernen untergebracht, 8000 kamen beim Bundesgrenzschutz unter.

Auch die amerikanischen, französischen, britischen und kanadischen Streitkräfte bieten Hallen, Betten und Decken an.

In Bayern kampieren Übersiedler, ebenso wie ganz im Norden, auf Militärgelände. 1500 ehemalige DDR-Bürger werden in Schleswig-Holsteins Kasernen beherbergt. Sogar Übungsplätze taugen für Notquartiere.

So mußten 750 Panzergrenadiere, abkommandiert zum Übungsschießen nach Putlos an der Ostsee, wieder abziehen. Zeitgleich mit ihnen war nämlich ein ebenso großer Trupp Übersiedler in die Anlagen an der Hohwachter Bucht verlegt worden.

Brigadegeneral Karl-Heinz Prange meldete, passend zum neuen deutsch-deutschen Zeitalter: „Der Schießbetrieb ist eingestellt.“



Einreise bei Helmstedt: „Ich muß doch morgen wieder zur Arbeit“